

wie im traditionell auf das hauptstädtische »Zentrum« ausgerichteten republikanischen Frankreich. In den 1960er und 1970er Jahren ist zu beobachten, wie diese vor allem von der politischen Linken vertretene Perspektive schrittweise differenziert wird. In der Anti-AKW-Bewegung, für welche die jeweilige Region einen zentralen Ankerpunkt darstellte, spiegelte sich dieser Wandel wider. So streicht der elsässische Aktivist Jean-Jacques Rettig die Bedeutung seiner Identität als Elsässer und des dort gesprochenen Dialekts heraus und erinnert sich an die damit verbundene Re-Politisierung dieser Kategorien wie folgt: »Before, we loved nature, we loved the milieu of our life. But now, we dared to say it and stand in the way, with our bodies in the street, in public.« Solcherlei Veränderungen innerhalb der Neuen Linken, die in dieser Zeit ohnehin zahlreichen Wandlungsprozessen unterworfen war, finden sich auch in der Bundesrepublik wieder. Zumindest Teile von ihr versuchten nun, sich auf den historisch belasteten Begriff der »Heimat« zu berufen und ihm eine positive Konnotation zu geben. Zudem übte gerade der »fremde«, als besonders »rural« und »unberührt« wahrgenommene Süden Frankreichs, so Tompkins, eine gehörige Attraktivität auf die nach »Authentizität« (Sven Reichardt) hungernden Alternativen aus, was mit vielerlei Stereotypen einherging. Gleichzeitig lässt sich in seiner Darstellung beobachten, was auch andere Autoren, etwa Jens Ivo Engels anhand des südbadischen Wyhl, herausgearbeitet haben: Im lokalen und regionalen Protestkontext lernten sich politisch, generationell und sozial ganz unterschiedlich geprägte Gruppen kennen und vielfach auch schätzen.

Durch die Konzentration auf Zeitzeugeninterviews dominiert notgedrungen aber auch die Innenperspektive der Bewegungen. Stellenweise hätte diese stärker um Meinungen und Perspektiven von außerhalb ergänzt oder gar konterkariert werden können. Obwohl der Autor keineswegs die Schattenseiten der Protestbiographien verschweigt und

die kritische Distanz zu »seinen« Akteuren wahrte, entsteht dadurch in wenigen Fällen ein fast schon »kitschiges« Bild der damaligen Protestsituation: »The mutual dependence of locals and outsiders was one source of tension among many within the movement, but activists learned that most problems could be smoothed over if people simply approached one another openly and connected with certain natural allies who could serve as intermediaries.« Dennoch ist es vor allem dieser Zugriff einer »social history of transnational protest«, die den Reiz und Ertrag der gut geschriebenen Studie ausmacht und gleichzeitig ihr Alleinstellungsmerkmal darstellt. Alles in allem handelt es sich bei Andrew Tompkins' Buch also um eine lezenswerte »Geschichte von unten« im besten Sinne, die eindrücklich vor Augen führt, welche fruchtbaren Perspektiven eine substantiell auf *Oral History* beruhende Studie herausarbeiten kann, die zudem einen konsequent transnationalen Ansatz verfolgt.

SILKE MENDE (MÜNCHEN)

Greening Democracy

Stephen Milder, Greening Democracy: The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968–1983 (New Studies in European History), Cambridge (Cambridge University Press) 2017, 280 S., 23 Abb., 75,00 £

Der gesellschaftliche Konflikt um den Ausbau der Atomkraft in den 1970er und 1980er Jahren, den ja bereits zeitgenössische Sozialwissenschaftler und mit Joachim Radkau auch ein herausragender Historiker erforscht haben (*Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975*, 1983; als *Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft* 2013 neu aufgelegt), ist in den vergangenen Jahren zu einem vieldiskutierten Thema der Zeitgeschichte geworden. Die neuere Forschung brachte vielfältige neue Perspektiven – vor allem im Hinblick auf

Akteure, Ereignisse und die Überwindung des »methodologischen Nationalismus« (Ulrich Beck).

Analytisch besonders ergiebig und innovativ ist die Analyse des Atomkonflikts in transnationaler Perspektive. Praktisch zeitgleich erschienen zwei ausgezeichnete Studien, die den grenzüberschreitenden Anti-Atom-Protest am Oberrhein um das geplante Kernkraftwerk Wyhl zum Ausgangspunkt nehmen. So veröffentlichte Andrew Tompkins 2016 *Better Active than Radioactive! Anti-Nuclear Protest in 1970s France and West Germany*. Das Buch erzählt auf der Basis zahlreicher *Oral-History*-Interviews sehr überzeugend eine integrierte transnationale deutsch-französische Geschichte der Protestbewegung. Das hier besprochene Buch, Stephen Milders *Greening Democracy*, ist dagegen ein Beitrag zu einer umfassend transnational eingebetteten und durch vergleichende Perspektiven analytisch geschärften Geschichte der Bundesrepublik Deutschland der 1970er und 1980er Jahre.

Der Ausgangspunkt von Milders Studie ist die große Frage der deutschen Nachkriegsgeschichte: Wie entstand in Westdeutschland nach den Erfahrungen von Weimar und Nationalsozialismus eine funktionierende und stabile liberale Demokratie? Und: Wie wandelte und »demokratisierte« sich diese im Verlauf der Nachkriegszeit? Milder wendet sich gegen eine ältere, normative Sichtweise in der Forschung über soziale Bewegungen. Breakdown-Theorien kollektiven Handelns deuteten Protest als Versagen der demokratischen Ordnung. Zumindest sahen sie hierin ein Anzeichen für Schwäche und Gefährdung liberaler, repräsentativer Demokratie. Milder dagegen argumentiert, dass Protest und Konflikt zu einer neuen, offeneren und streitbareren und damit demokratischeren politischen Kultur in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren beigetragen hätten.

Milder fragt sich, warum so viele der Protestierenden gegen Atomkraftwerke ganz selbstbewusst die Zusagen der Demokratie

für sich in Anspruch nahmen. Sie kritisierten nicht nur das als autoritär wahrgenommene staatliche Vorgehen gegen Atomkraftkritiker, sondern zogen in Zweifel, dass die Durchsetzung von Atom-Standorten auch gegen den Willen der Bürger vor Ort demokratisch legitim sei. Hiervon ausgehend argumentiert Milder, dass das vielfältige bürgerschaftliche Engagement und die verschiedenen politischen Erfahrungen, die die Protestierenden machten, ihre Einstellung zur Demokratie und auch ihr Handeln in der Demokratie verändert habe. In der Folge habe dies auch die westdeutsche Demokratie insgesamt verändert und zu einer fundamentalen Demokratisierung des Landes beigetragen. Statt das Handeln ihrer gewählten Vertreter stumm zu akzeptieren, hätten Bürger gelernt, politische Entscheidungen und Strukturen – wie mögliche Interessenskonflikte des Landes Baden-Württemberg als Aufsichtsbehörde über den landeseigenen Energieversorger – zu hinterfragen und Methoden zu entwickeln, diese auf demokratischem Wege zu beeinflussen.

Milder argumentiert auf verschiedenen politischen Ebenen. Seiner Darstellung liegt eine beeindruckend breite Quellenbasis aus 23 staatlichen und nichtstaatlichen Archiven in Frankreich, Deutschland und der Schweiz zugrunde. Milder führte 29 *Oral-History*-Interviews mit zeitgenössischen Akteuren, von denen einige inzwischen verstorben sind. Neben publizistischen wertete er auch audiovisuelle Quellen aus. Gerade anhand dieser Materialien gelingt es ihm, die rasch einsetzende politische und ideologische Deutung der Ereignisse am Oberrhein aufzuzeigen. Filme, Bilder und sich erstaunlich schnell etablierende Narrative beeinflussten die Art, wie Akteure versuchten, das Beispiel Wyhl andernorts oft möglichst buchstabengetreu zu kopieren.

In sechs Kapiteln untersucht Milder den Weg von der regional-transnationalen und gleichzeitig sehr effektiv lokal verankerten Anti-Atom-Bewegung bis hin zur Entstehung der Grünen als politischer Partei. Diese

erst gab dem Anliegen der Atomkraftgegner eine politische Stimme in der repräsentativen Demokratie. Alle anderen Parteien in Bundestag und Landesparlamenten standen bis in die frühen 1980er Jahre fest zur Kernkraft, die sie für unverzichtbar für die Sicherung der Energieversorgung nach der Ölkrise hielten.

Milder untersucht in einem ersten Kapitel die Ursprünge der schweizerischen, deutschen und französischen Pläne für eine »Perlenkette« von Atomkraftwerken am Oberrhein. Die Sorge, beim Wettbewerb um das Kühlwasser, das »Vater Rhein« reichlich bereitstellte, zu spät zu kommen, ließ die Energieversorger in den frühen 1970er Jahren ihre Kernkraftprojekte, unter anderem in Fessenheim, Kaiseraugst und Wyhl, eilig vorantreiben. Gleichzeitig kooperierten die Stromversorger transnational mittels Kapitalbeteiligungen, um den Strom der Groß-Kraftwerke grenzüberschreitend zu vermarkten.

Grenzüberschreitend waren auch die Ursprünge des Protests gegen Atomkraftwerke. Im Elsass reichen diese bereits vor die offizielle Ankündigung des Baus von Fessenheim im Juli 1970 zurück. Die ersten Atomkraft-Kritiker entstammten der Friedensbewegung und trafen sich im Rahmen einer Veranstaltung des International Fellowship for Reconciliation (IFOR), das übrigens 1973 auch bei der Gründung der dänischen Anti-Atomkraft-Organisation OOA Pate stand. Amerikanische Wissenschaftler wie John Gofman informierten über nukleare Risiken. Von den etwa 1000 Demonstranten, die im April 1971 in Fessenheim an der bis dahin größten Demonstration gegen ein Kernkraftwerk in Europa teilnahmen, kamen ca. 150 aus Freiburg, sowie weitere aus den USA und Großbritannien. Im Gefolge kam es zu einer immer stärkeren Vernetzung über den Rhein hinweg, die sich gegen Projekte auf beiden Seiten richtete.

Im zweiten Kapitel zeichnet Milder die Entwicklung und Verankerung des Protests in der lokalen Bevölkerung in und um Wyhl

detailliert nach. Kühlwasser und Abwärme – nicht etwa Strahlungsrisiken – waren zunächst die wichtigsten Fragen, die die Bürger vor Ort bewegten. Die Winzer am Kaiserstuhl sorgten sich um ihre Weinernte, wenn – wie befürchtet – der Dampf aus den Kühltürmen ihre Weinberge in Nebel hüllen würde. Die ungeschickten Versuche von Experten der Landesregierung, diese Einwände wegzuwischen, wie zum Beispiel die Behauptung eines Meteorologie-Professors, Wein benötige gar nicht so viel Sonne, steigerten die Skepsis gegenüber der Regierung im fernen Stuttgart und dem landeseigenen Badenwerk. Ob diese die wirtschaftlichen Interessen der Bürger angemessen berücksichtigen würden, erschien zweifelhaft. Vor diesem Hintergrund begann auch eine stärkere transnationale Vernetzung, verbunden mit der identitätsstiftenden Imagination einer grenzüberschreitenden alemannischen Gemeinschaft beiderseits des Oberrheins.

Das dritte Kapitel widmet sich der Platzbesetzung in Wyhl, die Milder als lokal und transnational getragenen Import einer in Frankreich entwickelten Protestart deutet. Für Deutschland war eine Platzbesetzung dagegen ein neues Instrument. Das erkläre auch die enorme Aufmerksamkeit, die Wyhl in der Bundesrepublik erfahren habe. Wyhl avancierte geradezu zu einer Pilgerstätte für Protestlehrlinge.

Im vierten Kapitel zeigt Milder, wie Wyhl die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland inspirierte: etwa bei Bauplatzbesetzungen in Brokdorf und Grohnde oder bei Massendemonstrationen. Allerdings nutzten sich diese Instrumente rasch ab, weil auch die Polizei das Beispiel Wyhl studiert hatte und sich entsprechend rüstete. In Frankreich dagegen entwickelte sich der Anti-Atom-Protest in eine andere Richtung: Die versuchte Platzbesetzung in Malville 1977 mit einer großen Zahl ausländischer Protestierender endete tragisch mit dem Tod eines Demonstranten und gilt als Todesstoß für die französische Anti-Atom-Bewegung. Milder zeigt aber, dass in Frankreich dennoch viele unterein-

ander vernetzte, lokale und regionale Initiativen recht erfolgreich darin waren, Atomanlagen vor Ort zu verhindern.

Kapitel fünf zeichnet nach, wie Anti-Atom-Aktivist:innen in Frankreich und Deutschland nach Malville und angesichts des abnehmenden Erfolgs von Protesten nach neuen, effektiveren Wegen suchten, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen. Eine wichtige Möglichkeit war, sich an Wahlen zu beteiligen. Angesichts des Mehrheitswahlrechts in Frankreich war dies besonders schwierig und gelang vor allem auf der lokalen Ebene. In Deutschland boten Verhältniswahlrecht, Föderalismus und Wahlkampfkostenersatzung optimale strukturelle Bedingungen für den Aufbau von »Grünen Listen«.

Im sechsten und letzten Kapitel nimmt Milders Geschichte eine gleichsam ironische Wendung. Die ersten Europawahlen von 1979, bei denen transnationale Vernetzungen und Ideale einer neuen europäischen Demokratie zentrale Ideale der neuen Grünen Parteien waren, trugen sehr effektiv zu deren Nationalisierung bei. Hatte die Grüne Spitzenkandidatin Petra Kelly Wyhl als Aufbruch zum Aufbau eines besseren Europas von unten gedeutet, getragen von der Idee einer transnationalen europäischen Demokratie, nutzten andere in der jungen Grünen Partei die großzügige deutsche Wahlkampfkostenersatzung für die Finanzierung von Länder- und Bundestagswahlkämpfen und verweigerten sich der Finanzhilfe für die französischen Grünen, die aufgrund ihres nicht ausreichend hohen Wahlergebnisses die im Wahlrecht vorgeschriebene hinterlegte Garantiesumme nicht zurückerstattet bekamen. Mit diesen Investitionen in die nationale Politik legten sie die Grundlage für die Etablierung der Grünen Partei in Deutschland. Obwohl das Bekenntnis zu Europa Teil der DNA der Grünen ist, war die Selbst-Nationalisierung so erfolgreich, dass die transnationalen Ursprünge weitgehend in Vergessenheit geraten sind. Milders Verdienst ist daher auch, diese wieder ans Licht zu bringen.

Greening Democracy ist ein höchst gelungener Beitrag zur Zeitgeschichte, zur Gesellschafts- und Demokratie-Geschichte und zur politischen Umweltgeschichte in Deutschland und Europa. Stärken resultieren vor allem aus der überzeugend durchgeführten Verbindung transnationaler und vergleichender Perspektiven. Milders zeigt im Vergleich, wie sich vom gemeinsamen Ausgangspunkt am Oberrhein unter unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen politische Partizipation in verschiedene Richtungen entwickelte. Aus der transnationalen Perspektive lernen wir, wie Zusammenarbeit und Transfers über Grenzen für gesellschaftliche Akteure effektiv und innovativ waren, aber auch, wie rasch sich diese abnutzten. Konzeptionell hat die Arbeit zwei kleine Schwächen. Der Begriff liberale Demokratie, der zentral für Milders Fragestellung ist, wird nie gründlich definiert. Auch die Kritik an den »Neuen Sozialen Bewegungen« rennt längst geöffnete Türen ein. Konzeptionelle Stärken liegen aber in der Anwendung neuerer analytischer Konzepte aus der amerikanischen Debatte über Politik und soziale Bewegungen, wie *Front Porch Politics*, auf den deutschen Fall. Milders spannende und empirisch reiche Studie sollte breites Interesse finden, gerade angesichts der Trends von Demokratie-Verachtung und Re-Nationalisierung. Sie sollte daher baldmöglichst auch in deutscher Übersetzung erscheinen.

JAN-HENRIK MEYER
(KOPENHAGEN/POTSDAM)